

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.00, monatlich 1.30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 119.

Freitag, den 23. Mai 1919.

26. Jahrg.

Das Schuldbekenntnis als Friedensbedingung.

Der Friedensvertrag, den uns die Entente vorlegt, stellt in einem Punkte gegenüber allen früheren Friedensverträgen der Weltgeschichte ein vollkommenes Novum dar. Insofern er Gebietabtretungen, Entschädigungen und wirtschaftliche Leistungen von Deutschland fordert, unterscheidet er sich nur in dem Maße des geforderten von früheren Friedensschlüssen. Die Entente verlangt aber noch ein weiteres von uns: das Bekenntnis, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Das ist ein gar, unerhörter Vorgang. Das einzige Bekenntnis, das bislang vom Unterlegenen gefordert wurde, war das Eingeständnis seiner Niederlage. Aber noch nie hat ein Sieger verlangt, daß das Resultat der Waffenentscheidung vom Besiegten höher als ein bloßes Faktum, als Ausdruck der Weltgerechtigkeit, als verdiente Strafe anerkannt würde. Wenn man nicht gerade nach mittelalterlichem Aberglauben in dem Ausgang eines Kampfes ein Gottesurteil sieht, so bedeutet es eine Verleugnung aller geltenden Rechtsgrundsätze, das Ergebnis physischer Gewalt mit der geistigen Erkenntnis abwägender Gerechtigkeit auf eine Stufe zu stellen.

Durch dieses Verlangen einem Besiegten gegenüber wird der Rechtsgebanke auf die Stufe der mittelalterlichen Tortur herabgedrückt. Es ist im Grunde genau daselbe, ob man einen einzelnen Menschen solange mit körperlichen Martern peinigt, bis er, um die Schmerzen los zu werden, ein erzwungenes Geständnis ablegt, oder ob man einem Volk in Aussicht stellt, es solange mit Kriegs- und Hungermaßnahmen zu verelenden, bis es seine Schuld am Kriege im Friedensvertrage bekennt. Die Strafrechtswissenschaft aller zivilisierten Staaten ohne Ausnahme steht auf dem Standpunkt, daß ein auf der Folter erpreßtes Geständnis eines Angeklagten vollkommen wertlos ist und keinerlei wirklichen Schuldbeweis schafft. Wenn Deutschland durch Hungerblockade und Waffengewalt gezwungen worden sollte, einen Friedensvertrag zu unterschreiben, in dem es zu allen Lasten auch noch die alleinige Schuld am Kriege auf sich nehmen muß, so würde ein solches Eingeständnis natürlich genau so wertlos sein. Und genau so wenig für die wirkliche Schuld am Kriege beweisen.

Die deutsche Friedensdelegation hat daher mit Recht dieses Ansuchen zurückgewiesen. In seiner Antwort sucht Clemenceau ziemlich jesuitisch nachzuweisen, daß Deutschland mit der Annahme der Wiedergutmachung seine Schuld bereits eingestanden habe. Außerdem habe die deutsche Regierung gegen die Note Lansing vom 5. November 1918 nicht formell protestiert, worin gleichfalls ein Schuldbekenntnis liege.

Das ist die Sophistik eines gewandten Advokaten. Tatsächlich hat Deutschland durch die Annahme dieser feindseligen Bedingung nichts eingestanden als seine Niederlage. Auch die Note Lansing war keineswegs so formuliert, daß ihre Annahme irgendwelche Schlüsse auf moralischem Gebiet zuläßt. Die deutsche Regierung, die unter allen Umständen zum Abschluß des Waffenstillstandes zu gelangen wünschte, mußte eben auf diese Note eingehen, sonst hätte sie den Waffenstillstand nicht erhalten.

Es ist ein wahrhafter Barbarenhandpunkt, wenn man glaubt, dadurch, daß man einen anderen verprügelt, auch dessen Schuld an der Prügelei beweisen zu haben. Ein Schuldbeweis läßt sich mit allen Kanonen der Welt nicht erbringen, sondern nur durch ein ordentliches Gerichtsverfahren und objektiv urteilende Richter. Deutschland liegt auf der Folter. Die Entente kann auch in ihren Friedensvertrag herein schreiben, Deutschland müsse anerkennen, daß ein Biered und ein Kreis dasselbe sei. Das würden wir zur Not schließlich auch unterschreiben müssen. Aber wenn die Entente darin den Beweis sehen wollte, daß ein Biered und ein Kreis nun wirklich dasselbe seien, so würde sie von der ganzen Welt ausgelacht werden.

Wir haben keine Ursache, den Schuldenteil der früheren deutschen Regierung, des Alldeutschtums und des deutschen Kapitalismus am Ausbruch des Krieges zu verheimlichen oder zu verkleinern. Aber ebensowenig haben wir Ursache, durch das Geständnis, daß wir allein die Schuldigen sind, den englischen und französischen Imperialisten die erwünschte Gelegenheit zu geben, sich vor den Arbeitermassen ihrer Länder als die Unschuldslämmer aufzuspielen und ihren Teil der Verantwortung von sich abzuwälzen.

Allerdings bekommen die Kapitalisten und Imperialisten der Entente einen ungeahnten Helfer in Gestalt der deutschen Unabhängigen. Ihr Wortführer im Berliner Arbeitererrat, Richard Müller, hat sich nicht geschämt, am Mittwoch zu behaupten, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Das „alleinige“ hat er besonders unterstrichen. Es ist charakteristisch, wie dieselben Leute, die alles auf die Karte der Weltrevolution setzen, dem Ausbruch der Weltrevolution geradezu entgegenarbeiten, indem sie den englischen und französischen Imperialismus von jeder Kriegsschuld reinwaschen. Ganz davon zu schweigen, welsch

ungeheurer Mangel an sozialistischem Denken in der Behauptung Richard Müllers sich offenbart. Denn für einen Sozialisten müßte es doch klar sein, daß der Imperialismus als solcher, nicht nur der eines einzelnen Landes, die Ursache am Weltkrieg gewesen ist. Die Unabhängigen begehen in ihrer Sucht, Deutschland um jeden Preis zu erniedrigen, nicht nur Verrat am deutschen Volke, sondern noch viel größeren Verrat am internationalen Proletariat.

Jedenfalls wird und muß ein auf der Folter abgepreßtes Geständnis Deutschlands für das künftige Urteil der Weltgeschichte ohne jeden Einfluß sein. Gerechtigkeitsfragen lassen sich nicht mit dem Schwerte lösen.

Zum Friedensvertrag.

Gegen die Verheimlichung des Vertrages.

In Frankreich haben 140 Deputierte aller politischen Gruppen beschlossen, durch einen Beschlußantrag die Regierung aufzufordern, den Wortlaut des Vertrages schleunigst allen Mitgliedern der Kammer und des Senates zuzustellen. Benoit brachte in der Kammer einen Beschlußantrag ein, einen besonderen Ausschuß von 44 Mitgliedern zur Prüfung der Friedenspräliminarien mit Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei einzusetzen.

Der französische Senat fordert jetzt die Veröffentlichung des vollständigen Textes des Friedensvertrages und Entwurfes von der Regierung.

Die Unabhängigen und die Schuldfrage.

Die sonderbare Taktik der deutschen Unabhängigen, Deutschland die alleinige Schuld vor aller Welt zuzuschreiben, veranlaßt den „Vorwärts“ im Leitartikel zu folgender treffender Bemerkung:

„Begrüßt Richard Müller nicht, daß er mit der Behauptung, Deutschland trage die Alleinschuld am Weltkriege, der Weltrevolution geradezu den Todesstoß versetzt? Wie stellt er sich den Kampf seiner französischen Genossinnen und Genossen gegen Clemenceau, seiner englischen Genossinnen und Genossen gegen Lloyd George vor, wenn diese Männer den Proletariaten ihrer Länder höhnend entgegenhalten können: „Da seht Ihr doch, Euer Genossinngenosse Richard Müller in Deutschland bestätigt unsere vollkommene Anschuldung, er gibt zu, daß nur Deutschland und allein Deutschland die Schuld am Kriege trägt!“ Wenn irgend etwas den Kampf der englischen und französischen Proletariaten lähmen und vernichten kann, dann sind es diese Worte Richard Müllers. In der Leichtfertigkeit und Kritiklosigkeit, mit der sie in die Welt geschleudert werden, bedeuten sie nicht nur einen Verrat am deutschen Volke, sondern einen Verrat am internationalen Proletariat.“

Recht interessant ist auch die Stellungnahme der Jener Komunisten, die die U. S. P. folgendermaßen abschütteln:

Die U.S.P.-Führer proklamieren die Annahme der Friedensbedingungen! Das würde für die Arbeiterschaft bedeuten, daß unsere Kapitalisten von den Entente-kapitalisten ausgehalten werden und daß diese „Internationale“ dann aus dem deutschen Proletariat den letzten Tropfen Blut herausjaugt, um die alten Kriegsschulden und den neuen Krieg der vereinigten internationalen Regierungstruppen gegen die Sowjets, die Spartakisten und anderes arbeitsscheues Gesindel zu bezahlen. Hier zeigt es sich, wohin die Kompartunistik der U. S. P. führt. Die: Irwegspolitik eines Haase und eines Kautsky, die im Anfang der Revolution gegen den Anschluß an Rußland gestimmt haben und die im Februar unsere Beziehungen im Osten nicht verbessern wollten, aus Angst, es sonst im Westen zu verderben! Auch die von der U. S. P. so heuchelisch herbeigerufene „reinsozialistische Regierung“ wird nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nichts gegen den Weltkapitalismus vermögen.

Diese Zurechtweisung wird die Unabhängigen aber nicht abhalten, weiter mit den Kommunisten zu liebäugeln und zu paktieren.

Abgabe an die sozialistische Internationale.

Der „Populaire“, das Blatt Longuets, meldet, daß Henderson als Vertreter des Friedenskomitees der sozialistischen Internationale von der Zentrale der britischen Friedensdelegation ein Schreiben erhalten hat, worin ihm mitgeteilt wird, daß der Große Rat der Alliierten es ablehnt, eine Abordnung der sozialistischen Internationale zu empfangen, um mit ihm den Friedensentwurf zu besprechen. Der „Populaire“ bemerkt dazu, nicht die kapitalistischen Regierungen, sondern die Völker seien die Adresse, an die sich die Internationale zu wenden habe.

Neuer Notenwechsel.

Von deutscher Seite wurden Clemenceau zwei Noten übergeben, die erste über die Frage des deutschen Privatigentums im Ausland, die zweite über das Arbeiterrecht. Die letzte als Erwiderung auf die von gegnerischer Seite gegebene Antwortnote. Gleichzeitig sind Noten Clemenceaus eingegangen: 1. Antwort auf unsere Noten über die wirtschaftlichen Folgen des Entwurfs der Friedensbedingungen; 2. die Antwort

auf unsere Note betr. des Völkerbundes. Ferner ist der deutschen Abordnung die Antwort der Entente auf die deutsche Kriegsgefangenen-Note überreicht worden. Diese Note ist wiederum vollständig ablehnend, obwohl es sich um eine Frage der Menschlichkeit handelt. Die Verweigerung der Auslieferung der Gefangenen, die sich Straftaten haben zuschulden kommen lassen, wird damit begründet, daß Schwerverbrecher ihrer Strafe nicht entzogen werden dürften.

Die deutsche Friedensdelegation ist nach Spaa gereist, um mit einem Teil des Kabinetts, worunter auch Scheidemann, Besprechungen abzuhalten, um die endgültige Redaktion der deutschen Friedensvorschläge vorzunehmen.

Wie der Haager Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erfährt, rechnet man auf gegnerischer Seite damit, daß zur Prüfung der deutschen Vorschläge 8 bis 14 Tage angefeht werden. Es wird jetzt auch in gegnerischen Kreisen anerkannt, daß gewisse finanzielle und wirtschaftliche Klauseln sich nicht verwirklichen lassen und Änderungen notwendig sind.

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ weist auf die umfassenden Vorbereitungen der Alliierten zur wirtschaftlichen Eroberung Deutschlands hin. So sei die Gründung einer Filiale der New Yorker Citybank in Berlin geplant. Im Norden suchen die Engländer durch Einfuhr englischer Kohle und Ausfuhr von Holz ein Monopol zu erlangen. Im Westen würden alle besetzten Gebiete zu handelspolitischen Einfallstoren der Alliierten gegen Deutschland. Die Waren würden zu Tausenden von Tonnen aufgeschleppt, damit sie sofort nach Friedensschluß eingeführt werden könnten.

Altrossische Machthaber in Paris.

Die neue französische Dspolitik stützt sich auf den russischen General Koltshak, der als Nachfolger des Jaren genannt wird. Es soll ihm gelungen sein, Samara zu nehmen, er befindet sich im Anmarsch auf Kasan und bedroht Moskau. Die Regierung von Dmsk ist in Paris durch vier Persönlichkeiten vertreten, nämlich durch den Außenminister Sajanoff, den Führer der Regierung von Archangelst, Tschaikowsky, den Chef der ersten russischen Regierung, Fürst Lwow, und den Gesandten der provisorischen Regierung in Frankreich Malakoff. (Cauter bewährte zaristische Kriegsmaschine!) Diese Persönlichkeiten müßten nach französischen Blättermeldungen offiziell als Vertreter Rußlands von der Entente anerkannt werden.

Die „Humanite“ schreibt: Die Anerkennung Koltshaks durch die Ententemächte bedeute einen Dolchstoß in den Rücken der russischen Demokratie; sie fordert die Sozialisten Englands, Frankreichs und Italiens zu einer gemeinsamen Rettungsaktion auf. Man müsse zu dem Mittel des Generalsstreiks schreiten, um die russische Revolution zu retten. Die Vernichtung der russischen Revolution durch Koltshak wäre das Vorpiel des Triumphs der Reaktion in ganz Europa.

Weiter veröffentlicht die „Humanite“ eine Kundgebung Kerenstis und seiner Freunde, welche dagegen Einspruch erheben, daß Rußland auf der Friedenskonferenz nicht vertreten sei. Die Weltdemokratie dürfe nicht vergessen, welche Opfer Rußland im Kriege gebracht habe. Die Kundgebung appelliert an alle Welt-demokratien, sie möchten darauf hinwirken, daß die Regierungen keine Diktatur in Rußland, wie sie auch sein möge, anerkennen und daß sie jegliche Intervention, welche die Rechte der russischen Völker beeinträchtigt oder Sonderinteressen dient, verwerfen und nur jene Regierungen oder Gruppen in Rußland anerkennen, welche die Volkshoheit der durch Einberufung auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten konstituierenden Versammlung ihrerorts anerkennen. Die augenblicklich bestehenden Regierungen in Rußland, welche die konstituierende Versammlung nicht einberufen, dürften von den Regierungen der freien Länder nicht unterstützt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Flucht des Oberleutnants Bogels

ist, wie von zuständiger Stelle gemeldet wird, irgendwelche Beteiligung der vorgelegten Dienststellen völlig ausgeschlossen. Eine Untersuchung der Fälligkeit ist im Gange, deren Fortführung dadurch erschwert wird, daß die Beschaffung falscher Ausweise, die heutzutage in jeder Form gewerbsmäßig hergestellt werden, verhältnismäßig einfach ist, wie dies die letzten Spartakistenprozesse wiederholt bewiesen haben. Im übrigen wird die Untersuchung über die Flucht Bogels mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf das energischste durchgeführt. Der Hauptbeteiligte Leutnant Lindemann hat die Graphitverteilungskette um 20 000 Mk. geschädigt und hierüber bereits ein Geständnis abgelegt. Nächstens sollte Verhandlungstermin gegen ihn sein. Wie konnte ein solcher Mann auf freiem Fuß belassen werden und gar noch als Offizier Dienst tun? Es ist gelungen, den Chauffeur des Leutnants Lindemann festzustellen.

Französische Seelenfänger.

Die französischen Besatzungsbehörden in Sarlovis haben dem dortigen Landrat eröffnet, daß sämtliche früheren aktiven Offiziere und Unteroffiziere des deutschen Heeres mit ihren Familien innerhalb kurzer Zeit

zwangsweise auf das rechte Kreuz verbracht werden sollen. Sie haben ferner in den einzelnen Ortschaften des Kreises Saarbrücken Werbeauskünfte und Vertrauensleute angestellt, die vermittelst einer durchaus verwerflichen, auf die niedrigsten Instanzen berechneten Propaganda die Einwohner zu veranlassen suchen, ihre Aufnahme in den französischen Staatsverband zu beantragen. Personen, die diesen Antrag stellen, erhalten die sogenannte Karte A und damit die Berechtigung zu freiem Einkauf in Frankreich und zum Bezug von Lebensmitteln aus den in dem betreffenden Kreise für die französischen Militärpersonen eingerichteten Lagern. — Das ist eine würdige Illustration zum „freien Selbstbestimmungsrecht der Völker“.

Was Herr v. Gerlach wissen will.

Herr v. Gerlach macht in der „Welt am Montag“ einige Mitteilungen über redaktionelle Veränderungen in Scheidemanns Rede vor der Nationalversammlung am 12. Mai. Gerlach schreibt:

Am 12. Mai, mittags 1 1/2 Uhr, wurde den Vertretern der ausländischen Presse der Text der Scheidemannschen Rede übergeben. Er enthielt folgende Stelle: Meine Damen und Herren! Wir haben Gegenanträge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Ich werde nicht über die Gefahren eines Ja und eines Nein sprechen. Dazu wird noch Zeit sein, wenn das Unmögliche Ereignis zu werden droht, daß die Erde sich ein Stück tragen kann, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Am 12. Mai, 3 1/2 Uhr, hielt Scheidemann seine Rede. Darin hatte die oben zitierte Stelle folgende Fassung angenommen:

Meine Damen und Herren! Wir haben Gegenanträge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne sich ein Stück tragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Man sieht, die Hauptstelle ist zwischen 1 1/2 und 3 1/2 Uhr erst in die Rede hineinkorrigiert worden. Scheidemann, der ein kluger Mann ist, wollte nicht das schroffe „Unannehmbar!“ über schärferen Ministerkollegen haben nicht offenbar überstimmt.

Scheidemann wird gewiß nicht verzeihen, zu diesem wichtigen Vorgang Stellung zu nehmen, der im In- und Auslande politisch ausgenutzt werden wird.

Ein Attentat auf die Kriegsbeschädigten

wird von einflussreichen Kreisen verübt. Es paßt ihnen nicht, daß die sog. „Ludendorffschen“, die 150—160 Millionen Mark ergab, in „Volkskassen“ umgetauscht wurde und daß sie nicht mehr schalten und walten können wie bisher. Sie versuchen, ihr Geld zurückzuerlangen und benutzen die schädlichsten Mittel. Der „Hannoversche Courier“, ein „liberales“ Hegeblatt, „hofft“, daß die Geber das Geld dem Reichskriegerkriegsdank zustellen lassen. Mit dieser Ueberweisung an den Reichskriegerkriegsdank gerät man die deutscher Kriegsteilnehmer politisch zu korumpieren und dauernd an die Kriegervereine zu fesseln. Das laubere Pländchen fand namentlich einflussreiche Gönner im Reichsamt des Innern, wo sie zum Teil noch jetzt sitzen, und gegen sozialpolitische Fortschritte intrigieren. Gegen diese niederträchtige Schiedung muß mit allen Mitteln angegangen werden. Vielleicht erzählt die Öffentlichkeit auch noch die Namen dieser edlen Seelen.

Gerichte in Baden.

Aus Karlsruhe wird dem „Lokalanzeiger“ gemeldet: Auf die Gerichte, daß eine unmittelbare Besetzung Badens durch die Franzosen bevorsteht, ist eine wachsende Erregung entstanden. Bei den Banken und Sparkassen werden die Guthaben abgehoben und viele Leute bereiten ihre Abreise vor. Die Behörden weisen darauf hin, daß eine unmittelbare Gefahr nicht bestehe. Aus Ludwigsburg liegt folgende Nachricht vor: Wie aus dem letzten Gebiet gemeldet wird, wurden alle Kräfte an britische und französische Offiziere plötzlich abgegeben. Die höheren Militärs erhielten auf Anweisung von Maréchal Foch Befehl, auf ihrem Dienst zu verbleiben. Die Stuppenabziehungen in der Pfalz und dem Rheinland dauern an.

Holland.

Internationale Gewerkschaftstagung. Wie die „Pariser Tribune“ berichtet, findet die nächste internationale Konferenz der Gewerkschaftsverbände aller Länder am 28. Juli in Amsterdam statt. Es sollen behandelt werden: Die Wiederherstellung

der Arbeiterinternationale, ihre Satzungen, ihr Sitz, ihr Vollzugs- und Aktionsauschuß, die internationale Lage und die Arbeiterforderungen.

Amerika.

Die Republikaner wieder obenan. Die Botenschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß wurde im Abgeordnetenhaus und Senat getrennt vorgelesen. Der republikanische Delegierte Giffet von Massachusetts wurde mit 227 gegen 142 Stimmen als Präsident des Abgeordnetenhauses an Stelle von Clark gewählt. Zum Vorsitzenden des Senats wurde mit 47 gegen 42 Stimmen der Senator Cummins an Stelle des früheren Präsidenten Senator Pittman gewählt. Die Republikaner haben in beiden Häusern alle ihre Kandidaten durchgebracht, so daß sie zum ersten Male seit 1911 wieder die Kontrolle über beide Häuser ausüben. Die demokratische Partei Wilsons ist damit in zweite Reihe gekommen.

Kleine politischen Nachrichten.

Die Entente hat jetzt den Achtstundentag für die Eisenbahner im besetzten Gebiet anerkannt, nachdem die deutsche Waffenstillstandskommission wiederholt dafür eingetreten ist.

Die Ankerstellen der meisten und größten Betriebe der Metallindustrie in Aachen haben zur Durchführung von Gehaltsforderungen die Arbeit eingestellt und die Vermittlung des französischen Stadtkommandanten angerufen.

Riga wurde durch Verbände der estnischen, baltischen und deutschen Truppen nach einem Vorstoß auf breiter Front genommen.

Im Berliner Vollzugsrat wurde ein kommunistischer Antrag auf sofortige Einberufung eines Rätekongresses mit 426 gegen 416 Stimmen angenommen.

Der bayerische Landtag trat in Bamberg zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Es wurde mitgeteilt, daß der sogenannte Grenzschutz im Allgäu, der Oberpfalz und Oberfranken aufgelöst werde.

In Leipzig wurde der große Arbeiterrat vom General Maercker aufgelöst. In kurzem sollen Neuwahlen auf Grund der Richtlinien des Zentralkomitees stattfinden.

Als Noske in einem Wagen in Berlin über die Linden fuhr, geriet er in einen Demonstrationszug der Unabhängigen. Noske mußte weiter fahren, als die Menge eine immer drohendere Haltung einnahm. Dem Wagen flutete eine tausendköpfige Menge in die Wilhelmstraße nach, die sich dort eine ganze Weile in Schimpereien und Drohungen ergab.

Zum Bürgermeister von Wien wurde Genosse Neumann gewählt. Bisher war Wien eine Domäne der Christlichsozialen.

Wirtschaftliches.

Nur eine halbe Million betrogen.

Fälschungen mit Einuhrscheinen sind an der Tagesordnung. Jetzt hat man solche wieder in Berlin entdeckt, bei denen ein Schweizer Kaufmann schwer geschädigt wurde. Wie vor einiger Zeit berichtet, sind hauptsächlich in der Ostschweiz die Paare derart mit Textil- und Stickereiwaren überfüllt, daß ein völliger Zusammenbruch dieser nationalen Industrie befürchtet wird. Daher versuchen die Schweizer Fabrikanten auf jede Art ihren Ueberfluß abzuwickeln. In Deutschland werden sie durch den niedrigen Marktkurs daran gehindert. Sie setzen aber das kaufmännische Risiko immer wieder daran. So hatte, um die Textilwaren im Werte von mehreren Millionen in Deutschland einführen zu können, ein Schweizer Kaufmann für eine Einfuhrbewilligung eine halbe Million bezahlt. Sieben Schieber aus dem Berliner Westen wollten das Geschäft weiter in die Hand nehmen, als das Landespolizeiamt dazwischentrat und die Waren beschlagnahmte. Besonders schwer geschädigt ist die St. Gallener Textilindustrie. Angeblich für das Militärbureau des Magistrats Berlin sollten zwei Waggons S. Schokolade von einer Firma hier eingeführt werden. Für die Einfuhrbewilligung wurden 50 000 Mk. verlangt. Einer der Beteiligten, dem das Geschäft nicht mehr reinlich erschien, legte dem Schein dem Reichskommissar vor, der ihn als gefälscht erkannte. Eine untere Angestellte des Reichskommissars hatte die Fälschung begangen; sie wurde verhaftet.

Sehr bedauert sind auch für die polnische Armee wolkene Decken und Lederrohle, zu deren Ausfuhr der Reichskommissar niemals seine Genehmigung erteilen würde. Auch hier ist mit falschen Ausfuhrbewilligungen vorgegangen worden. Dem Landespolizeiamt gelang es auch in diesem Falle, die Machenschaften aufzudecken, die Fälscher und ihre Hintermänner zu ermitteln und eine Reihe von ihnen zu verhaften.

Ueberproduktion von Butter in Dänemark.

Vom Widerstand unserer heutigen Zustände genügt folgende Notiz aus Kopenhagen: Dänemark leidet augenblicklich an einer Ueberproduktion von Butter. Deutschland möchte, aber kann nicht kaufen wegen finanzieller Schwierigkeiten. England kann aber nicht kaufen, da die dänischen Preise zu hoch sind. Norwegen erhält billigere Butter von Amerika. Schweden produziert genügend Butter. In Dänemark lagern bereits 100 000 Zentner Butter, die verderben müssen, weil man nicht mit England zu einer Preisvereinbarung kommt. — Es ist das alte Lied kapitalistischer Raffgier: Ueberfluß auf der einen, Not auf der anderen Seite. Hierin Wandel schaffen kann nur internationaler Sozialismus.

Der Gesetzentwurf über Betriebsräte

Der Gesetzentwurf über Betriebsräte, über den am 15. Mai im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden hat, sieht für alle Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern die Einrichtung von Betriebsräten vor, die in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitnehmern aus 2, mit 50 bis 100 Arbeitnehmern aus 5 Mitgliedern bestehen. Bei 100 bis 1000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je 100 weitere Arbeitnehmer um je eines. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 25; die Mitgliederzahl kann durch Tarifvertrag bis zu 40 festgesetzt werden.

Als Betriebe im Sinne des Gesetzes gelten auch Geschäfte und Schreibstuben von Angehörigen der freien Berufe, von Vereinen, Gesellschaften und Körperschaften. Ausgenommen sind die Schifffahrtsbetriebe, für die ein besonderes Gesetz ergeht. In Betrieben mit selbständigen Abteilungen können, in Betrieben mit mehr als 5000 Arbeitnehmern müssen Abteilungsbetriebsräte gebildet werden. Bestandteile eines einheitlichen Unternehmens können sich zu einem gemeinsamen Betriebsrat zusammenschließen; ist ein solcher nicht errichtet, so kann, wenn die Betriebsversammlungen mit Zustimmung des Arbeitgebers es beschließen, ein Gesamtbetriebsrat errichtet werden.

Die Arbeitermitglieder des Betriebsrats werden von den Arbeitern, die Angestelltenmitglieder von den Angestellten aus ihrer Mitte in gemeinsamer, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wahl kann auf Mehrheitsbeschluß in gemeinsamer Wahl aller Arbeitnehmer erfolgen. Wahlberechtigt sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, wählbar die mindestens 24jährigen Wahlberechtigten, die deutsche Reichsangehörige sind und am Wahltag mindestens einen Monat dem Betrieb angehören. Die Betriebsversammlung bzw. Abteilungsbetriebsratsversammlung wählt einen dreiköpfigen Wahlvorstand und dessen Vorsitzenden.

Die Aufgaben des Betriebsrates sind: Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes und Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebsaufgabe; insbesondere Überwachung der gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften, Durchführung der maßgebenden Tarifverträge, Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse, Regelung des Erholungsurlaubs, des Lehrlingswesens, ferner Vereinbarung der Arbeitsordnung mit dem Arbeitgeber, Förderung bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer, Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeber, in den Fällen beabsichtigter Arbeitszeinstellung Herbeiführung einer ordnungsmäßigen und geordneten Abwicklung, Mitwirkung an der Verwaltung von Betriebswohlfahrtsanstaltungen, Unterstützung des Arbeitgebers bei der Betriebsleitung durch Rat und durch Sorge für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Betriebsrat über alle die Arbeitnehmerverhältnisse betreffenden Vorgänge vertraulich in Kenntnis zu setzen, soweit dadurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Insbesondere hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat auf Verlangen die Lohnbücher vorzulegen und ihn über den Bestand an Aufträgen zu unterrichten.

Gegen jede Kündigung kann der Betriebsrat binnen 5 Tagen Widerspruch erheben. Der Arbeitgeber hat, wenn der Einspruch gegen die Einstellung als berechtigt anerkannt ist, den Eingestellten zum nächsten Vertragsstermin zu entlassen; ebenso hat er auf Entlassung des Schlichtungsausschusses gegebenenfalls die Kündigung zurückzunehmen, den Dienstvertrag mit dem Arbeitnehmer zu erneuern und gegebenenfalls Schadenersatz zu leisten.

Die erstmalige Wahl zum Betriebsrat soll innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes stattfinden. Mit Beteiligung der Wahl hören die vorhandenen Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenvereine zu bestehen auf.

Nicht unter das Gesetz bezüglich der Errichtung eines Gesamtbetriebsrats sowie bezüglich der Aufgaben der Betriebsräte und der Aufsichtspflicht des Arbeitgebers fallen die Behörden des Reiches, der Gliedstaaten, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Träger der Sozialversicherung.

Das Gesetz soll mit möglichstster Beschleunigung in Kraft gesetzt werden.

Das Reichsarbeitsgesetz.

Die Vorarbeiten zum Reichsarbeitsgesetz waren Gegenstand einer Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit Vertretern

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Teuerus von Fr. Kugel-Meinig.

7. Fortsetzung. Katholik verboten.
„Ja, wer hat sie dich?“ wozu der alte Höfer ein. „Mit welchem mit der viele Arbeit — auch mit der fremde Zeit ist es kaum mehr zum anschauen! Es geht uns aber richtig Frau im Haus.“
„Ja, ja“ bestätigten Gottfried Lamprecht und seine Frau unter Kopfnicken.
„An demselben sein wir eigentlich zusammen na hab e Anliege an dich.“
„So, ja“, erwiderte Gottfried Lamprecht und schickte sich höflich zu verabschieden. „Anliege?“ Was war dann des nachher für e Anliege?“
„Ja, no, Gottfried! Wir habe ja schon einmal drüber gered, wegen mein Paul an dem Dorthe. Die Christiane werd wohl auch demon wisse.“
„Die Mutter hat so wenig beige wie ich, Christian“, erwiderte Gottfried Lamprecht. „Gelle Mutter!“ Und auf ein bestätigendes Nicken seiner Frau hin fuhr er fort:
„Es framt jetzt nur noch drauf an, wie sich des Dorthe bege stellt. Denn des hab ich dir auch schon gesagt, Christian, zwinge zu ich mei Kind nit! Wenn ihr der Paul gefällt — un warum soll er ihr sich geide?“ — dann sage mir ja und Amen dazu! Gelle, Mutter! Bist du nicht drüber mit Gott sei Dank nit ja lege der mein Schwager nit die Hauptrolle is für mich un mei Frau, daß unser Kind glücklich werd — deswege losse wir ihm ganz freie Hand, daß er nur den nimmt, den er werlich gern hat! Gelle, Mutter!“
Frau Lamprecht nickte wieder freundlich lächelnd und sagte:
„Es is wider sonstig Kind, dem non jeder alle Wünsche is geide worn! Mit genug is des Dorthe is auch, daß es waach, was es zu tun hat! Ja so was red man am beste nit frucht, daß com de Kinder Höfer für Gewand mach! Doch is Klein des Dorthe zu frume — de wern wir so gleich lese, wie wir dran sind.“
In der Tot rasselte wieder die Türleise und gleich darauf trat Dorthe Lamprecht in die Stube. Beim Anblick der beiden Eltern ging eine seltsame Erregung über ihre Züge und es lag

alles sie einen Augenblick in der Nähe der Türe stehen. Gleich darauf aber zeigte das schöne Antlitz einen Ausdruck, der auf alles eher, als auf eine angenehme Empfindung beim Erblicken des Besizers schließen ließ. Es funkelte etwas wie Zorn in den dunklen Augen und mit höchlicher Würde zwang sich das Mädchen zu einem gleichgültigen Tone, als es im Kabinett trat:
„Gut emol, der Vater Höfer un der Paul! Des is schön von dich, daß ihr emol de Mutter un die Mutter besucht!“
„Eigentlich gilt denn ihr Besuch weniger uns, als wie dir, Dorthe!“ sagte ihr Vater lachend. „Und sich von seinem Gesell erhehend, trat der gewaltige Mann auf die Tochter zu, nahm ihre Hand in die seine und fuhr fort:
„Der Vater Christian is ebe dran, für sein Paul e tüchtig Frau zu such. Maacht du ihm fac, Dorthe? Der Paul hat doch auch nit beige, zu heirate.“
„Wie soll ich dem Paul e Frau wisse? Der is doch alt un geknecht genug, daß er sich selbst aa such kann, wie sie for ihn paßt!“
„Wenn er sie aber schon gefunne hätt un küm her zu uns, Dorthe, um zu frage, ob er dir recht is?“ sagte ihr Vater ernst.
„Dann müßt er schon e Haus weiter gehe! Ich müßt nit, wie ich zu der Ehr küm — zu der Ehr, for die ich dankt müßt!“
Zwisch hatte die Stimme des Mädchens gestungen und ein faulender, fast selbstlicher Blick traf den unwillkommenen Vater.
„Erlieghend hatte sich Paul erhoben und war auf Dorthe zugegangen.“
„Dorthe, des lang doch dein Ernst nit sein“, sagte er mit bebender Stimme. „Ich hab dich gern, Dorthe, wie mer nur zams gern habe kann! Zum glückliche Mensch bist du mich nahe, wenn du nit beige bist! Doch ich dir de Ring anset! Wenn du wisse, wie ich de ganze Jahre her nur an dich gedocht un von dir gedraucht hab! Mein Vater is es recht — deine Eltern auch! Dorthe — überleg dir!“
„Die ganze Jahr her hast du an mich gedocht? Hoff von mir getraut?“ erwiderte das Mädchen schneidend. „Do hab ich noch wenig davon gewerkt, seitdem du weider he bist! Glaubst du, mit deine Berliner Mutter könnt du bei mir an? Maacht du, du kennst mer zu komme und de Hand auszuwickeln un ich tät brau fänge?“
„Do bist du aber uff dem Holzweg! Ich heirate nur ein Mann, den ich werlich gern hab, den ich will — un dich will ich nit!“

„Iber Kind!“ rief Frau Christiane, und Vater Lamprecht jagte mehrend:
„Dorthe, waach du auch, was du ebe gesagt hast? Werd dichs nit row? Ueberleg dir was! Der Paul Höfer is mit der Mann, den mer ohne weiteres beiseit schmeißt. Der darf antloppe, wo er will.“
„Dann soll ers tun“, unterbrach ihn die Tochter, „aber mich soll er in Ruh losse. Ich nemme kein Mann, der wo glaabt, er braucht nur zu preise, un ich muß wie e zahlm Vögelle un tät ihm aus der Hand frage. Ihr un die Mutter, ihr habt mir so verproc, daß ihr mit nit zum Heirate zwinge wolkt! Ich will überhaupt nit heirate! Des ganze Mannsvolk is mir zu wider! Ich will nit!“
Damit stampfte die spröde Schöne mit dem Fuß auf den Boden und brach in leidenschaftliches Weinen aus.
Das Erblichen auf Pauls Antlitz war einer flammenden Rote gewichen. Seinen Gut ergreifend, hastete er die Worte hervor:
„Des is wenigstens so deulich, wies am deulich mit ge-lagt werden kann. Nit für ungut, Herr Vater un Frau Baas!“
Und sich zu dem trotzig mit den Händen das Gesicht verhüllenden Mädchen wendend, nahm seine Stimme wieder einen weiseren Klang an, als er fortfuhr:
„Un nit for ungut, Dorthe. Wie ich zu de Soldat bin, hab ich gealaabt, des Mädchen, wo mich so lieb demols angeguckt hat, — an des ich immer hab denke müße — von dem ich getraut hab —, tät uff mich warie! Es war en Exrtum! Noch emol — nit for ungut! Kommt Vater, do habe wir nit mehr verlore! Adies besamm!“
Und die Türe aufreißend, stürmte er von dannen, gefolgt von seinem zartes dreinblickender Vater, dem Gottfried Lamprecht und dessen Frau mit verzerrten Mienen und Worten das Geheite gaben. Während Dorthe sich auf einem vor dem Tische stehenden Stuhl niedergelassen hatte und ihren Tränen freien Lauf ließ.
Als die Eltern zurückkamen, trat die Mutter an die Weinende heran und ihre Hand auf deren Schulter legend, sagte sie leise:
„Kind, unier Herrgott moog dich desor schütze, daß du dich heit nit des ganze Glück von dein Lebe vergerst hoff!“
Fortsetzung folgt.

von Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Von der Reichsregierung wurde den Verbänden nahegelegt, besondere Wünsche und Vorschläge schriftlich beim Reichsarbeitsministerium einzureichen. Innerhalb des Arbeitsausschusses für das Reichsarbeitsgesetz, der im Reichsarbeitsministerium gebildet worden ist, gliedert sich die Unterarbeitskommissionen:

1. Allgemeines Arbeitsvertragsrecht; 2. Anstellungsvertragsrecht; 3. öffentlich-rechtliche Vorschriften des Arbeiterschutzes (einschließlich Kinderarbeit und Heimarbeit; die Regelung dringlicher Rechtsfragen der Heimarbeit ist schon vor Fertigstellung des Arbeitsgesetzes in Aussicht genommen); 4. organisatorische Fragen (einschließlich Arbeitsgerichte, die ebenfalls eine beschleunigte gesetzgeberische Behandlung erfahren sollen); 5. Arbeitsvermittlung (hier gilt dasselbe); 6. Fortbildung; 7. Qualifikation und Koalitionsrecht; 8. Lohnkämpfe (einschließlich Arbeitseinstellung, Boykott usw.); 9. Einigungsstellen; 10. Berufe; 11. Landarbeiter und landwirtschaftliche Betriebe; 12. Recht der Hausarbeit; 13. Recht der Bühnenarbeiter; 14. Beziehungen zum Rentnerrecht und Recht der Staatsarbeiter und Staatsanstellungen; 15. Seeschifffahrt, Binnen- und Küstenschifffahrt; 16. Arbeitsordnung; 17. Lohnbeschlagnahme. Vorbehalten bleibt daneben die Bearbeitung der internationalen Arbeitsrechtsfragen und eines Einführungsgesetzes.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 23. Mai.

Die Delegiertenwahl zum Parteitag in Weimar findet, wie unsere Leser aus dem gestrigen Volksboten erfahren haben werden, am kommenden Sonntag, dem 25. Mai, von 9 Uhr vorm bis 2 Uhr nachm. in verschiedenen Lokalen der Stadt, Vorstädte und des Landgebietes statt. Die Mitgliedbücher der Partei sind mitzubringen. Wir weisen nicht daran, daß unsere Genossen und Genossinnen durch eine zahlreiche Beteiligung an der Wahl ihr reges Interesse an dem Wohl und Wehe der Partei bekunden.

Zur Erwahl der Parteitag-Delegierten ist zu bemerken, daß durch die verspätete Anmeldung von zwei Delegiertenvorschlägen aus Moisling die Stimmzettel mit den Namen dieser Delegierten nachgedruckt werden mußten. Die alte Fassung, daß nur 3 Namen zu streichen sind, konnte indes nicht mehr geändert werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß 4 Namen zu streichen sind. Stimmzettel, die mehr als 3 undurchgeschriebene Namen enthalten, sind ungültig.

Die Differenzen der Stamarbeiter (Träger-Korporation) bei der Quatverwaltung sind erledigt und ist die Arbeit heute morgen in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Der Bürgerausschuß stimmte in seiner letzten Sitzung folgenden Beschlüssen zu: Bewilligung von 1700 Mk. für das Gerichtsvollstreckungsamt; Geländeverkauf in der Gemarkung Kurau; Verkauf einer Landfläche an den Tischlermeister Christensen in Lübeck und einer Landfläche in Kückitz an den Kaufmann Max Buchwald, den Katasterdirektor Diesel und den Kaufmann Julius Sahn in Lübeck. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurden folgende Beschlüsse: Vererbung in den Beamtenstellen der Tiefbauabteilung der Baubehörde (1939,38 Mk.); Neuordnung der Stellung des Stadtbibliothekars; weitere Mittel für das Wohlfahrtsamt (144 500 Mk.) und Erlaß eines achten Nachtgesetzes zum Jagdgesetz. In eine Kommission wurden verwiesen die Anträge auf Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der Krankenkasse für lühliche Beamte; Verkauf eines Grundstückes in Moisling an den Telegraphenassistenten Bobst, eines Grundstückes an den Kaufmann Paul Sulzta in Kückitz und von Landflächen des Flegelbühnenbesizers Regner zu Buntekuh. Dem Senat überwiesen wurden die Anträge M e n z e r-Moisling auf Regulierung der Straße Moislinger Baum bis Travenerbrücke, H e i s e auf Lieferung von Brennholz an die Bevölkerung, S e n t auf Ausnutzung der lühischen Torfmoore zum Zwecke der Beschaffung von Brennmaterial, T a a s auf Lieferung von elektrischem Strom an die lühischen Fabriken und S c h e r m e r auf Festanstellung der Handarbeitslehrerinnen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben im 35. Reichswahlkreis (Mecklenburg-Lübeck) insgesamt 10 301,19 Mk. anteilige Kosten erfordert. Hieron hat Lübeck anteilswise 1391,78 Mk. zu tragen. Der Bürgerausschuß bewilligte diese Summe.

Der Preis der dänischen Kartoffeln mit 40 Pfg. pro Pund ist insbesondere von der minderbemittelten Bevölkerung mit Recht als ein außerordentlich hoher bezeichnet worden. Der Senat hatte die Absicht, lediglich den Einwohnern mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark eine Ermäßigung von 20 Pfg. pro Pund zuteil werden zu lassen. Das war völlig unzureichend. Und es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß der Bürgerausschuß auf Antrag des Senats bis zu 3000 Mark zugehörte Preiseermäßigung allen Einwohnern bis zu 3000 Mark zugute kommen zu lassen. Der Senat hat diesem Ersuchen entsprochen und außerdem, wie aus der gestrigen Bekanntmachung des Landesverwaltungsamts hervorgeht, auch den Einwohnern mit einem Einkommen von mehr als 3000 bis 6000 Mark, die auf Grund des Kinderprivilegs nur die halbe Einkommensteuer zahlen, dieselbe Ermäßigung gewährt. Der ursprüngliche Senatsantrag hätte einen Kostenaufwand von zirka 240 000 Mark erfordert, der sich nun natürlich wesentlich erhöhen wird. Die neue getroffene Regelung entspricht einem Gebot der Gerechtigkeit.

Abfindung der Kriegsgefangenen.

In den nächsten Wochen werden hoffentlich die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren. In der Uebernahmezeit werden die Gefangenen in Empfang genommen und nach bereits vorbereiteten Lagern überführt. Dort findet die Entlassung und die neue Einleitung statt, dann werden die gefundenen Gefangenen direkt in ihre Heimat entlassen. In der Heimat hat sich dann eine besondere Organisation, die „Kriegsgefangenenheimkehr“, der Gefangenen anzuschließen und ihnen bei der Unterbringung behilflich zu sein. Beim Verlassen des Lagers erhält jeder Gefangene 50 Mark Entlassungs- und 15 Mark Marktschuld. In allen geeigneten Fällen werden außerdem ein achtwöchentlicher Urlaub mit Gehaltszuschuß bewilligt. Der heimgekehrte Gefangene kann den Antrag auf Nachzahlung der Wohnung stellen, wenn seine Angehörigen, um für ihn zu sorgen, Schulden machen mußten. Die Wohnung kann dann bezahlt werden in Höhe der entstandenen Schulden. Ferner wird angestrebt, alle Anträge der Angehörigen auf Gewährung der Wohnung, die abgelehnt sind, einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und in allen geeigneten Fällen die Nachzahlung herbeizuführen.

Die Forderungen der Eisenbahner. Wie man uns mitgeteilt hat, verlangen die Eisenbahner der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft Gleichstellung im Lohn-, Gehalts- und Rechtsverhältnis mit ihren Kollegen der Preussischen Staatsbahn. Dieses Verlangen stützt sich auf gleichwertige Leistungen und auf die Tatsache, daß die mecklenburgische Landesbahn und sogar verschobene finanziell nicht besonders günstig dastehende Privatbahnen die preussischen Sätze und Rechte als unbedingte Notwendigkeit auf angesehen haben. — Uns nimmt es wunder, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft, die bei einer Privatbahnenlänge von 16 Prozent doch im Verhältnis zu anderen Privatbahnen glänzend dasteht, noch nicht von selbst Instanzen gemacht hat, sich durch Gleichstellung mit den Staatsbahnen ein zufriedenes Eisenbahnerheer zu schaffen. Die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner wird bei den anhaltenden und fortgesetzten hohen Preisen immer prekärer. Der Drang, sie im Rahmen des Möglichen zu verbessern,

wächst sich in seiner ganzen Größe jedoch zu einer Kraft aus, die einen Mißbrauch in heutiger Zeit wohl schwerlich noch verträglich. Wir wollen hoffen, daß die Verhandlungen im allgemeinen Interesse einer ungeklärten Aufrechterhaltung des Betriebes zu einem guten Ende geführt werden.

Etwa 800 000 Gummihäuger haben zwei englische Organisationen, nämlich das „Hilfswort für die Deutschen, Österreichischen und Ungarn in England“ und der „Englische Frauenausschuß für dauernden Frieden“, der deutschen Wohlfahrtsstelle geschenkwweise zur Verfügung gestellt. Dem Jugendausschuß sind davon 1100 Stück überwiesen worden. Diese Zahl reicht hin, um allen Säuglingen im lühischen Staatsgebiet im Alter bis zu 8 Monaten einen Gauger zu geben. Auf die Bekanntmachung des Jugendausschusses in der vorliegenden Nummer wird verwiesen. Die Gauger werden kostenlos abgegeben.

Ein trockener und heißer Sommer in Aussicht. Man schreibt uns: In den Kreisen der Meteorologen rechnet man mit einem sehr heftigen und heißen Sommer. Die Botaniker und Forstleute neigen der gleichen Ansicht zu, da sie die alte, oft erprobte Bauernregel, die sich auch 1911 bei dem heißen Sommer bestätigt hatte gelten lassen wollen:

Blüht die Eiche vor der Eiche, hält der Sommer große Eiche! Der Laub- und Blütenausbruch bei den Eichen und zwar nicht nur bei den Winter-, sondern ebenso sehr bei den Sommereichen, ist diesmal ganz besonders spät erfolgt. Die Eichen blühten in guten sonnigen Tagen schon längst, ehe die Eichen überhaupt ihre Blätterknospen zu sprengen vermochten. Die gleiche Erfahrung hat man im Frühjahr 1911 gemacht, weshalb man die alten Grundregeln als Beweis dafür ansehen will, daß wir einen trockenen und heißen Sommer erhalten.

Schon die Obstbäume. Die Anstöße der Ausflügler, blühende Zweige von den Bäumen zu reißen, macht leider auch vor den Obstbäumen nicht Halt. Dadurch wird bei der Masse dieser Baumfreier die künftige Obsternnte, die für die ohnehin schon knappe Ernährung der Großstädter eine wichtige Rolle spielt, in erheblichem Umfang gefährdet. Das Reichsernährungsministerium richtet daher an alle Besucher der Baumbäume in Werber und Umgegend die dringende Mahnung, in Rücksicht auf die Versorgung Großberlins mit Früchten, die Obsternnte nicht durch mutwillige Verwüftung der Blüten zu verhindern.

Einen großen Wohltätigkeitsabend zum Festen unserer Freizeid- und Zivilangehörigen veranstaltet der Theater-Verein „Freiheit“ am Mittwoch, dem 28. Mai. Da das Programm sehr reichhaltig ist, wird von den Veranstaltern zahlreicher Besuch erwartet. (Näheres siehe heutiges Inserat).

Entin. Tödlicher Unglücksfall. Gestern abend haben einige junge Soldaten im großen Entinsee von der Buhörfer Koppel aus. Mithoch verschwand einer der Badenden vor den Augen seiner Kameraden in die Tiefe und kam nicht wieder zum Vorschein. Wahrscheinlich wird ein Schlaganfall seinem Leben ein jähes Ende gesetzt haben. Wie man hört, soll der Verunglückte der hiesigen freiwilligen 7. Kompanie angehören und aus der Nähe Entins stammen. Die Leiche ist gestern abend noch geborgen worden.

Schönberg. In den Branzer gestellt hat das hiesige Amt für Volksernährung den Gutsherrn Oberhoffen in Hof Launen wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Kartoffeln. Er hat sich beim Verkauf für den Zentner 20 bis 30 Mk. zahlen lassen. — Erst nach solchen Zahlen versteht man, weshalb die Kartoffeln in Damburg „hintenrum“ nur für 65 (fünfundsechzig) Mark pro Zentner zu haben sind!

Launenburg. Zwangsablieferung der Eier. Um den Wucher im Eierhandel zu bekämpfen, hat der Kreis-ausschuß, den freien Eierhandel aufgehoben. Zum Handel mit Eiern sind nur solche Personen befugt, die sich im Besitz eines Erlaubnisbescheides befinden. Der Grauegerpreis ist auf 40—45 Pfg., der Kleinhandelspreis auf 45—50 Pfg. festgesetzt.

Neustrelitz. Vereinfachung der Justizverwaltung. Die Landesregierung befahte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Vereinfachung und Verbilligung der Justiz bezug der eigentlichen Verwaltung. Es ist angeregt worden, die 5 Ämter des Landes auf 3 zu verringern und die Sätze dieser Ämter nach Neustrelitz, Neubrandenburg und Schönberg zu verlegen. Die Vereinfachung der Justizverwaltung ist in Vorschlag gebracht worden. Die Amtsgerichte in Strelitz-Mit und Stargard sollen aufgehoben werden. Um indessen dem Publikum Gelegenheit zu geben, Klagen und Beschwerden ohne große Reisekosten anzubringen, sollen an Stelle der Amtsgerichte in den genannten Städten Gerichtsschreibereien eingerichtet werden.

Odenburg i. Gr. Plenarsitzung der odenburgischen Landesversammlung vom 21. Mai 1919. Verhandelt wurde über einen Antrag zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Provinz Lübeck für das Jahr 1919. Die Verhandlungen ergeben sich infolge des Thronerzthums des Großherzogs. Durch Uebergang des angeseheneren und vornehmlichen Krontrugs auf den Staat und Wegfall der Substantation vom 1. April ab erhöht sich der veranschlagte Einnahmebeitrag der Provinz Lübeck um 91 175,25 Mark. In Ausgabe ist es durch den Thronerzthum des Großherzogs notwendig geworden, bei Lübeck unter § 6a (Bartegelder, Ruhegehalt ehemaliger Hofbeamten) einen Betrag von 7725,— Mark einzusetzen. Zu § 87 der Ausgaben für Lübeck konnten Beiträge noch nicht eingesehen werden, da die Verhandlungen Vermögensrechtlicher Auseinandersetzungen mit dem Großherzog noch nicht abgeschlossen sind. Einen Antrag dahingehend, einen Zuschuß von 5000 Mark an den Landesverband der Provinz Lübeck zu den Kosten einer Landesschau für Rübel-Weinbau-Beug-Maltwiz-Sieversdorf zu bewilligen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag der Provinz Lübeck will unterstützungsbedürftigen Hebammen, die bisher 300 resp. 400 Mark erhielten, diese Summe auf 600 und 800 Mark erhöhen. Weiter wurde vom Abg. J i e -Stedelsdorf (Soz.) befürwortet, daß diese Summen nicht wie bisher am Ende des perflohenen Quartals, sondern am Anfang desselben ausbezahlt würden. Der Antrag wurde seitens der Landesversammlung angenommen. Eine Gehaltsaufbesserung der Beamten des gemeinsamen Landgerichts Lübeck hat der Provinzialrat der Provinz Lübeck genehmigt und wurde im gleichen Sinne von der Landesversammlung beschlossen. Durch Vereinbarung hat das Direktorium angeordnet, daß in allen Gemeinden des Kreises Odenburg, in denen es an ausreichendem militärischen Schutz mangelt, Einwohnerwehren gebildet werden. Der Landtag beschließt hierzu, daß die Kosten, die durch enent. Dienstbefähigungen von Mitgliedern der Volkswahren bei Ausübung des Sicherheitsdienstes entstehen, auf die Staatskasse übernommen werden. Ein Antrag des Direktoriums will die Stellen von 9 Aktuarien und 4 Aktuarhilfen schaffen. Diesem wurde seitens des Landtages zugestimmt. Eine Eingabe des Gemeindevorstandes von Boß-Pandorf will eine geordnete Regelung der Ruhegehälter und Hinterbliebenen-Versorgung der Bürgermeister 2. Klasse und der Gemeindevorsteher in der Provinz Lübeck. Die Eingabe wurde der Regierung als Material bei einer demnächst stattfindenden Revision der Gemeindeordnung überwiesen. Zum Schluß der Sitzung löste eine Interpellation Schmidt (U. S.) über die überhandnehmenden Ueberschreitungen der Preispreise sowie eine Interpellation des Abg. Behrens (Soz.): „Was gebent die Regierung zu tun, um die muerischen Preisbildungen aller Bedarfsartikel zu verhindern?“ eine sehr lebhaft Debatta aus, die ein Schlußantrag des Abg. Lanje (D. V.) beendete.

Theater und Musik.

Sanja-Theater. „Wenn die Maska fällt“, Kriminalroman in 3 Akten von Hans Rudolph. Das große Publikum liebt Kriminalgeschichten, weil sie in der Regel mancherlei spannende Momente aufweisen und weil Verbrecher für viele zu den

interessanteren Menschen gehören. In der alten „Gartenlaube“ wurden solche Kriminalromane besonders gepflegt; nicht minder von den Kolportageromanverlegern, die damit großen Absatz fanden. Natürlich können sie auch wertvoll sein. Meistens sind sie aber nicht. Sie spezifizieren durchweg auf das Sensationsbedürfnis wenig nachdenklicher Leute und arbeiten mit möglichst krassen Effekten. Hans Rudolph macht es nicht anders. Drei Akte hindurch steht das Publikum vor den Schranken des Gerichts, das einen etwas dunklen Mordprozess zu führen hat. Es handelt sich um die Ermordung einer schönen Schauspielerin; im Verdacht der Taterthat ist ein junger Maler gekommen, in dessen Wohnung die blutige Tat verübt wurde. Alles Betuern seiner Unschuld nützt ihm nichts. Der Maler wird in erster Instanz verurteilt. Aber in der zweiten Instanz klärt sich die Sache auf. Der Verurteilte selbst hat den Mord aus Eifersucht begangen. Zudem war die Getötete seine eigene Frau, was niemand wußte. Einige Schüsse im Gerichtssaal, die am Ende des Stückes fallen und auch dem Leben des Verbrechers ein freiwilliges Ende setzen, erhöhen zwar nicht das dramatische Gewicht des Dramas, bilden aber doch einen alten, immer noch wirkungsvollen Knauffekt im wörtlichen Sinne, der die Nerven eines naiven Publikums zu kugeln vermag. Da sich die sämtlichen drei Akte vor Gericht abspielen, das übrigens seine Aufgabe mit einer erstaunlichen Oberflächlichkeit und einer „benfölichen Duldbarkeit gegen Zeugen und Zuhörer durchführt, so ist die eigentliche Handlung außerhalb der Vorstellung verlegt. Durch Zeugen und Angeklagte erfährt man nur davon. Für ein Drama erscheint das als ein sehr bedenklicher Mangel. Daß auf eine psychologische Vertiefung der einzelnen Charaktere völlig verzichtet wird, paßt dazu allerdings durchaus. Einen sicheren Blick für das theatralische Wirkame wird man dem Autor jedoch zugeben müssen. Er verschmäht kein Mittel, wenn es diesem Zwecke dient. Siehe die Verlegung der Gerichtszuhörer, die allerdings sonst vor Gericht kaum zugelassene laute Bemerkungen machen, in den Orchesterraum. Wer auf literarische Qualitäten gehofft hatte, der hat eine Enttäuschung erlebt. Gewisse pathetische Deklamationen vermochten daran nichts zu ändern. Die Aufführung genigte höheren Ansprüchen nur teilweise. Doch gab es auch gute Leistungen; so die des Herrn R r u g. Am Schluß erschien auch der Autor auf der Bühne und verneigte sich dankend. Herr v. Lettow, der als Regisseur am Stadttheater Können und künstlerischen Geschmacks bewiesen hat, war es. Nach dem Stück hätte man es nicht vermutet.

Verfassungen und Kongresse.

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet am Montag, dem 30. Juni 1919 in Nürnberg im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauenortgraben 49, statt. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate). 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien-Berlin. 3. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: Th. Leipart-Berlin. 4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichterstatter: A. Cohen-Berlin. 5. Die Satzungen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berichterstatter: Th. Leipart-Berlin. 6. Gewerkschaftliche Unterrichtsstufe. Berichterstatter: J. Sassenbach-Berlin. 7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichterstatter: B. Umdreit-Berlin. Landwirtliche Produktion und Anstellung. Berichterstatter: G. Schmidt-Berlin. 8. Regelung des Lehrlingswesens. Berichterstatter: J. Sassenbach-Berlin. 9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. Der Kongress wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen. Berlin, den 18. Mai 1919. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien, S. D. 16, Engelauer 15. Die Adresse des Lokalkomitees ist: G. Wohl, Breitengasse 25/27, Nürnberg.

Neueste Nachrichten.

Amerika will Gold sehen! Berlin, 23. Mai. Aus Versailles wird gemeldet, die Amerikaner bestehen in den Ausschüßberatungen darauf, daß die Rechenmittelleistungen nur in Gold bezahlt werden, obwohl ihnen die große Gefahr eintretend klargemacht worden ist, die in Deutschland durch das rasche Dahinschwanden der Goldvorräte entstehen würde.

Passive Resistenz im mitteldeutschen Kohlenggebiet. Magdeburg, 23. Mai. Im mitteldeutschen Kohlenggebiet haben die Bergarbeiter beschlossen, bis zur Wiedereröffnung des Bezirksarbeiterrats sofort in passive Resistenz einzutreten.

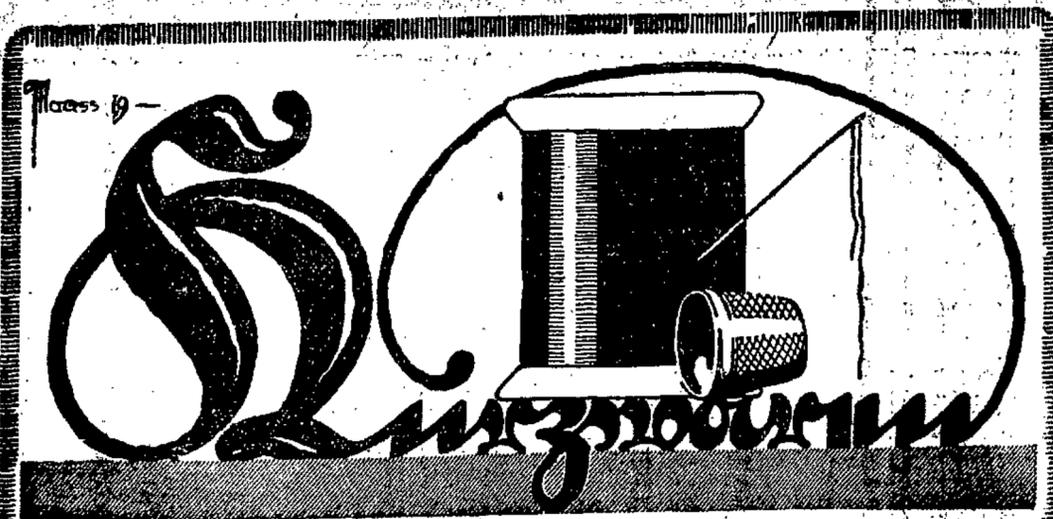
Ultimatum an Polen. Frankfurt a. M., 23. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wien, daß die Polen von der Entente eine Art Ultimatum erhalten haben, den Krieg im Osten sofort einzustellen.

Deutschland und der Völkerverbund. Paris, 23. Mai. Reuter berichtet, die Antwort der Alliierten an Deutschland bezüglich des Völkerverbundes befaßt sich in sehr sympathischer Weise mit einigen der deutschen Vorschläge, weise jedoch darauf hin, daß diese am besten erörtert würden, wenn der Völkerverbund endgültig errichtet sei.

Russische Reaktionäre an der Arbeit. Aus dem Haag, 23. Mai. Aus London wird berichtet, daß Sazanow zu einem eintägigen Besuch aus Paris eingetroffen ist. Er erklärte, seiner Ansicht nach beschäufliche der russische General A o l l i g a t in erster Linie die konstitutionelle Versammlung aller russischer Länder zusammenzubekommen. Die Meldung bestätigt also die aus französischer Quelle stammende aufsehenerregende Tatsache, wie wir sie in unserem Artikel zum Friedensvertrag anführten, daß in Rußland gewaltsame Umwälzungen bevorstehen. Diese ergeben sich auch aus der Nachricht, wonach die Offensive der Alliierten gegen Petersburg eingeleitet hat. Das Gebiet von Peterhof liegt bereits unter dem Feuer der englischen und französischen Schiffsgechüße. Lenin erließ einen Rufus, worin gesagt wird, daß die Stunde der höchsten Gefahr für das Land gekommen ist, da die imperialistischen und kapitalistischen Weltmächte, die schon lange auf den Sturz der russischen Proletarierregierung hinarbeiten, augenblicklich glauben, ihre Hoffnungen verwirklichen zu können. Auch T r o t s k i fordert das russische Volk zum Kampf auf.

England und Indien. London, 23. Mai. Wie Reuter meldet, kündigte Montag im Unterhaus bei der Beratung des Budgets für Indien ein Gesetzesvorlage an, die für Indien konstitutionelle Reformen vorsieht. Sie zielen auf eine allmähliche aber tatsächliche Ueberleitung der Macht von der bürokratischen auf eine solche an das Volk hin.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Ganz besonders preiswert

Plüschborste prima Qualität Meter 55, 68	Ia. Rein-Leinenband 5-Meter-Stücke Nr. 1/2 1 1 1/2 2 3 1,45 1,65 1,85 1,95 2,25
Stoßborste mit verstärkter Kante, Meter 50, 65, 85, 1,45	Sammeltiess, schwarz Meter 1,45
Teppich-Einfassborste Meter 1,25	
Bobinsband in allen Breiten	Druckknöpfe Dtz. 15, 20
Nahband, schwarz Meter 25, 30, 95, 1,25 1,65	Miederband, 5 cm breit. Meter 95, 1,10
Hutgummiband Meter 95, 1,10	
Leinenknöpfe	
Serie 16 18 20 22 24 26 28 30	Dtz. 25, 28, 30, 32, 35, 38, 40, 45
Hemden-Perlmutterknöpfe . . . Dutzend 45, 50, 65, 75	Hosenknöpfe Dutzend 10, 12
Junggesellenknöpfe Dutzend 20	
Schnürsenkel	
100 cm lang, 3 Paar 25, Paar 55, Halbschuhsenkel	100 cm lang, pa. Eisengarn Paar 95, Paar 95, 1,65
Stecknadeln, 50 Gramm Karton 1,25	Nähnadeln „Grün-Adler“ Paket 12,9
Haarnadeln „Federleicht“ Paket 15,9	Haarnadeln, fein poliert. 10 Pakete 25,9
Sicherheitsnadeln, sortiert. Brief 33,9	Stopfpilz „Phoenix“ für Strümpfe, Wäsche, Handschuhe, -Stck. 1,45
Haken und Augen Paket 15,9	Primora-Schlingen Dutzend 6,9
Kinder-Strumpfhalter Paar 1,25 1,65 3,10	Damen-Strumpfhalter, prima Gummi Paar 6,50 6,75
Strumpfband-Klammern Paar 30, 40, 80, 90	Watte, Baumwolle pro Lage: schwarz 1,40 roh 1,45

Der Handel Kom.-Ges. Lübeck

Verband der Steinsetzer u. Berufsgenossen.
Filiale Lübeck.

Einladung zum Ball
am Sonnabend, dem 24. Mai 1919
im Gewerkschaftshaus.
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
2480) **Das Komitee.**

Friedrichshof.
Sonnabend, 24. Mai:
Großer Ball.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein **Spartklub „Immer vorwärts“.** (2470)

Luisenlust.
Morgen Sonnabend: (2499)
Großer Ball
H. Möllers 2471

Berg- u. Talbahn
auf dem kleinen Exerzierplatz Fackenburg Allee.
Geöffnet von nachmittags 3 Uhr an.
Amüsant für groß und klein.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Der Besitzer.**

Deutscher Transportarbeit. - Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Achtung! Deutscher Bauarbeiter - Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung der Schauerleute
am Sonnabend, 24. Mai, abends 7 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bekanntgabe des Schiedspruches.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
Mitgliedsbücher legitimieren.
2502) Die Ortsverwaltung.

Versammlung
am Montag, dem 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Bericht vom Kartell.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Verschiedenes. (2497)
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Zweigvereinsvorstand.

Werkmeister - Verein.
Außerordentliche **Versammlung**
am Sonnabend, d. 24. Mai, abends 8 Uhr.
im Restaur. Hohenzollern. 2483) Der Vorstand.

Zirkus Hermann Althoff
Lübeck. (2508)
Kleiner Exerzierplatz Fackenburg Allee.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das neue Programm!
Sonnabend u. Sonntag:
2 Vorstellungen um 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr 2
Karten-Vorverkauf:
Zigarrenhaus
Hinrich Buse, Breite Str. 55.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage habe ich das (2458)
Drogen- u. Farben-Geschäft „Zur Glocke“,
Glockengießerstraße 46
neu eröffnet. Es wird stets mein Bestreben sein, für prompte und reelle Bedienung Sorge zu tragen.
Ich bitte mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Albert Westphal.

Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung
m. b. H.
bietet allen minderbemittelten
Kriegsteilnehmern und Kriegsgetrauten,
welche sich ein eigenes Heim einrichten wollen, Gelegenheit zum Kauf billiger und geschmackvoller Wohnungseinrichtungen in verschiedenen Preislagen, zu sehr günstigen Zahlungsbedingungen
Ausstellung der Musterzimmer: Katharinenkirche, Eingang Glockengießerstraße, täglich von 9-6 Uhr nachmittags.
Annahme von Bestellungen: 9-12 Uhr Geibelplatz 21, 2455) 3-6 Uhr Katharinenkirche.

Neu eingetroffen
preiswerte Herren-Anzüge
aus guten Stoffen, in bester Verarbeitung.
Ein Paaten **Arbeits-Joppen** 9 75 das Stück
in allen Größen (2468)
August Haerder & Co.

HANSA THEATER
Freit.: Die Schifferbrüder.
Sonnabend, abends 7.15 Uhr:
Gastspiel Alice Cron, Oscar Erasm, Dr. Edmund Krug,
Wenn die Maske fällt!
Kriminalstück v. Hans-Rudolf.
Sonntag:) „Wenn die Maske fällt“
Montag:)

Genossen und Genossinnen!

Im Anschluß an den vom Parteivorstand nach Weimar einberufenen Parteitag soll eine Frauenkonferenz stattfinden. Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung.
2. Frauenarbeit und Frauenschutz.

Wir fordern die Organisationen auf, die Wahlen rechtzeitig zu bewirken. Außer den Delegierten sind zur Teilnahme die weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung berechtigt. Den Fraktionen der einzelnen Landesparlamente wird anheimgestellt, eine Genossin zu delegieren.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden ersucht, dem Parteivorstand die Namen der Delegierten unter dessen Adressenangabe alsbald mitzuteilen.

Wegen Wohnungsbeschaffung ist das Lokalkomitee für den Parteitag: Julius Palm, Weimar, Bertuchstraße 2a zuständig. Die Delegierten mögen sich dahin wenden.

Berlin, 20. Mai 1919.

Der Parteivorstand.

Der Prozeß Lebebour.

Wörter Tag.

Der Vorsitzende teilt zu Beginn mit, daß nach einem Pressebericht der Rechtsanwalt Dr. Liebkecht gestern den Ausdruck gebraucht habe: Sie wollen ihn (den Angeklagten) meucheln. Da keiner der Richter den Ausdruck gehört habe, fragt er den Rechtsanwalt Liebkecht, ob er etwas Rehnliches gesagt habe. Liebkecht bekräftigt die Richtigkeit der Pressenachrichtigung und legt diese Äußerung dahin aus, daß er gemeint habe, der Staatsanwalt mache Stimmung gegen den Angeklagten. Der Staatsanwalt zum Brauch erklärt, daß er im Hinblick darauf, daß im Laufe der Verhandlung des Mordes von einem Mord an Dorenbach gesprochen wurde, die Meinung aufkommen könne und er es auch so auffasse, als ob der Verteidiger Liebkecht mit diesem Ausdruck habe sagen wollen, der Staatsanwalt wolle Lebebour menschenfressend machen. Er weist diese Anjanie und Unverschämtheit auf das entschiedene zurück. Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck.

Nun wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der Zeuge Klein, Pförtner des „Vorwärts“-Gebäudes, sagt aus, daß am 5. Januar, abends gegen 5 1/2 Uhr, circa 30 Leute in das Gebäude eingedrungen seien und ihn unter Bedrohung mit Revolvern zur Herausgabe der Schlüssel gezwungen hätten.

Der „Vorwärts“-Redakteur, Erich Kuttner, sagt u. a. aus, die Führer der U. S. B. hätten ihren Anhängern stets die Meinung suggeriert, der „Vorwärts“ sei ihnen geraubt worden. Aus der daraus entstandenen Stimmung ist dann bereits im Januar 1916 versucht worden, den „Vorwärts“ zu hehlen, wobei es aber nur zur Verdrückung einiger Redakteure kam. Der „Vorwärts“ wurde am 28. Dezember nach zweitägigen Verhandlungen und nachdem die Redaktion sich bereit erklärt hatte, eine Erklärung der revolutionären Obliente an die Spitze des Blattes zu stellen, wieder freigegeben. Am 3. Januar wurde dann der „Vorwärts“ abermals besetzt. Die Wache bestand aus den Truppen des Herrn Eichhorn. Der Zeuge befand sich zur Stunde der Besetzung in

einem Bureau des „Vorwärts“-Gebäudes. Um 6 Uhr erscholl der Ruf: Licht aus, die Spartakisten kommen! Es drang dann eine große Anzahl Bewaffneter in den Hof. Während der 15minütigen Gefangenhaft des Zeugen in seinem Bureau hörte er des öfteren Schüsse. Auch wurde einige Male Alarm geschlagen und ein Auto mit Maschinengewehren bewaffnet.

Der Zeuge Herzfeld fragt den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß die Haltung des „Vorwärts“ die Veranlassung zur Besetzung gegeben habe. Kuttner erwidert darauf, daß nicht nur die Haltung, sondern fremdes Eigentum zu nehmen, sondern daß es in der Hauptsache darauf ankam, das Blatt zu unterdrücken. Der Zeuge habe nie etwas davon gemerkt, daß die Arbeiterhaft über die Haltung des „Vorwärts“ in besondere Erregung geraten sei. Eine solche könne bei den U. S. B. höchstens dadurch hervorgerufen sein, daß der „Vorwärts“ am 23. Dezember das Treiben des Polizeipräsidenten Eichhorn aufgedeckt hat. Auf die Frage des Verteidigers Liebkecht, warum der Zeuge am 9. November des Wolffsche Telegraphenbureau besetzt habe, erklärt Kuttner, daß er eine Verbreitung falscher Nachrichten über die Revolution verhindern wollte.

Der Zeuge Bondin, Mitinhaber der Weinfirma Brandt, die ihre Geschäftsräume im „Vorwärts“-Gebäude hat, macht Aussagen über die in ihren Geschäftsräumen verübten Diebstähle. Im zweiten Lage der Besetzung kamen Arbeiter der Firma Schwarzkopf, die sehr vernünftig waren, und dem Treiben der Einbrechergehilfen ein Ende machten. Der Zeuge Graf Westarp entwirft ein Bild von den Kämpfen im „Vorwärts“. Auf Befragen bekräftigt der Zeuge, daß er weder von einer Mißhandlung der Gefangenen noch von einer Erschießung der Parlamentäre etwas weiß oder gesehen hat.

Nach der Mittagspause werden die Zeugen der Verteidigung vernommen. Der in Untersuchungshaft sitzende Expedient des Roten Soldatenbundes, Fröhlich, kann keine Angaben über die Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes machen. Der Zeuge Fernbach kann nur das ausagen, was er bei der Ermittlung nach den Mördern seines Sohnes, der zu den erschossenen „Vorwärts“-Parlamentären gehörte, erfahren hat. Der Zeuge Sader, der zur „Vorwärts“-Besetzung gehörte und bereits zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt ist, sagt aus, daß die „Vorwärts“-Besetzung schon am Donnerstag in der fraglichen Woche von den Verhandlungen mit der Reichsregierung und Lebebour gemißt hat und demzufolge Bestrebungen im Gange waren, die dagegen waren, zu den Waffen zu greifen. Man war vielmehr bereit, das Gebäude zu verlassen, wenn dieses in den Bedingungen der Regierung geordnet werden sollte. Der Zeuge Wille, Postkoffer einer militärischen Postanstalt, berichtet von dem Diebstahl von 600 Gewehren, einer ganzen Menge Munition, Ausrichtungen und Bekleidungsgegenständen usw. Der Zeuge Schmidt, Mitinhaber eine Druckerlei, sagt aus, daß eines Tages 30 Spartakisten sämtliche Aus- und Eingänge seines Betriebes besetzten, circa 3400 Mitglieder der demokratischen Partei beschlagnahmten und unter Drohungen mit Erschießen die Herkstellung eines andern Flugblatts verbot. Der Zeuge Schwanebach ist Vorsteher des Postamts 17 am Söbelschen Bahnhof. In dieses Postamt drangen 30-40 Bewaffnete ein und forderten den Postdirektor auf, Geld herauszugeben, das sie angeblich zur Lohnzahlung für die Besetzung des Söbelschen Bahnhofs gebrauchten. Der Zeuge Gadecke, Angehöriger des Wolffschen Telegraphen-Bureau, bekräftigt, daß er umgekehrt in das Gebäude ein- und ausgehen konnte und auch nicht besetzt wurde. Vor dem Gebäude wurde eine Wache aufgestellt, und es ist auch nirgends der Versuch gemacht worden, einen anderen Gebäude zu sprengen. Am Sonntag mittag besetzte der Zeuge eine Versammlung und fand, als er am Nachmittag

zurückkam, in seinem Zimmer alle Schränke erbrochen. Von welcher Seite das geschehen ist, weiß der Zeuge nicht. Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Verhandlungstag der unteren Post- und Telegraphenbeamten tagte dieser Tage in Berlin. Zunächst hielt Generalsekretär Memmers einen Vortrag über die Friedensbedingungen. In einer Entschließung wurde Protest gegen diese Bedingungen erhoben. Der Verbandsvorsitzende Laug wies in seinem Jahresbericht darauf hin, daß sich in den ersten Zeiten der Revolution Kollegen als Führer in den Vordergrund drängten, von denen man früher nichts gehört habe. Mancherlei dankenswerte Erfolge sind durch Zusammenarbeit im Beirat des Reichspostministeriums erzielt worden. Der Verband zählt jetzt, nachdem in den letzten vier Monaten 15000 Aufnahmen erzielt wurden, 115 000 Mitglieder.

Aus Nah und Fern.

Todessturz vom Domturm in München. Am Mittwoch erlitten ein junges Mädchen in der Sakristei des Münchener Domes und verlor die Schürze zu dem Turm, der erst wieder für den Verkehr geöffnet ist. Kurze Zeit darauf stürzte sich das Mädchen aus einem Fenster des Turmes auf die Straße hinab und war sofort tot.

Vier Kinder verbrannt. In der Kolonie Johannsdorf im Kreise Pletze brach im Hause der Witwe Lieberda Feuer aus. Die vier Kinder der Witwe im Alter von 13 bis 19 Jahren verbrannten. Der Vater der Kinder ist im Felde gefallen. Als Ursache des Brandes wird ein Raucher vermutet.

110 Arbeiter getötet. Bei einem Explosionsunglück in Märkisch-Ostrow sind in dem Schacht der Wittwitzer Gesellschaft etwa 110 Arbeiter getötet worden. Viele Arbeiter sind noch vermisst, und man zweifelt, ob es gelingen wird, sie noch lebend zu befreien.

Schneefall im Riesengebirge. Im Riesengebirge ist neuer Winter eingetreten. Es hat am Sonntag den ganzen Tag über auch im Tale kräftig geschneit. Am Vormittag herrschte 3 Grad Kälte. Die Höhe des Neuschnees auf dem Ramm beträgt etwa 8-10 Zentimeter, jedoch die Schritten wieder in Tätigkeit treten können.

Bei der Explosion von Artilleriemunition im Artilleriepark Gorwisch sind sechs Arbeiter getötet. Vier Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zum Teil schwer verletzt.

Der Sieger im Ozeanflug. „C. C.“ so lautete die Bezeichnung des Flugzeuges, das als erstes den Atlantischen Ozean auf dem Luftwege überquert und glücklich die Azoren erreicht hat. Die Aufstiegsdauer dieser Bezeichnung ist „Rayn Curtiss“ und die Vereinnahmung dieser beiden Namen bezeichnet zugleich die Geschichte dieses Flugzeugtyps. Eigentümer der Flugzeuge dieser Gruppe ist die amerikanische Flotte. Der Typ ist so weit entwickelt, daß die Flugzeuge mit 23000 Pfund belastet werden konnten. Der Motor braucht 55 Pfund Benzin in der Stunde auf die Pferdekraft, und man glaubt, daß die Maschine genug Benzin für einen ununterbrochenen Flug von 27 Stunden bei einer Schnelligkeit von 90 Meilen in der Stunde mit sich führen kann. Die Flügel sind 12 Fuß breit, von Flügelstange zu Flügelstange mißt das Flugzeug 125 Fuß und 6 Zoll. — Wie aus dem Haag berichtet wird, gilt der australische Flieger Hawker als verloren.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Lebensmittelkarten, Brotkarten, Fleischkarten und Sondertarten in Travemünde, Schlutup, Siems-Dänischburg, Küdnitz-Herrenwyf, Moising und Genin, sowie in den Landgemeinden.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten, Fleischkarten und Sondertarten an die Bevölkerung der obengenannten Ortschaften erfolgt zusammen mit den Brotkartenheften in der Zeit vom Montag, dem 26. bis Freitag, dem 30. Mai 1919 während der Geschäftsstunden:

in Travemünde: in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde;

in Schlutup: in der Geschäftsstelle für die Ausgabe von Lebensmittelkarten;

in Küdnitz-Herrenwyf, Siems-Dänischburg, Moising-Genin: in den Polizeibehörden;

in den Landgemeinden: bei den Gemeindevorstehern.

Die Abholung hat zu erfolgen für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben

A-F: am Montag, dem 27. Mai 1919,

G-L: am Dienstag, dem 28. Mai 1919,

M-R: am Mittwoch, dem 29. Mai 1919,

S-Z: am Freitag, dem 30. Mai 1919.

Bei der Abholung der Karte und Karten sind die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln“ vorzulegen; ohne Vorlage dieser Ausweise erfolgt die Auslieferung der Karte und Karten nicht.

Die Anforderung der Karte und Karten hat durch den Haushaltungsvorstand selbst oder einen zuverlässigen Beauftragten zu geschehen. Kinder unter 12 Jahren dürfen keinesfalls geliefert werden.

Bei verspäteter Abholung der Karte und Karte wird eine Gebühr von 50 Pfg. für die Person erhoben.

Zu einzelnen ist zu beachten:

I. Lebensmittelkartenhefte.

Jedes Lebensmittelkartenheft trägt oben rechts den Buchstaben L und die Bezirksnummer.

Name und Wohnung des Inhabers sind alsbald nach Empfangnahme des Heftes durch den Haushaltungsvorstand in die dafür vorgesehene Stelle auf dem Umschlag einzutragen.

Hefte, auf denen die angestrichelte Bezirksnummer oder der Name und die Wohnung des Inhabers nicht angegeben sind, dürfen zur Warenentnahme nicht benutzt und von den Kleinhändlern nicht beliefert werden.

Die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und sonstige Speiseeis, Zucker, Mischmehl, Aufstrichmittel und Kaffee-Ersatz hat bei einem zugelassenen Kleinhändler in der Zeit vom 28. Mai bis 2. Juni 1919 zu erfolgen.

Die Anmeldung darf nicht erfolgen, wenn die Hefte nicht auf dem Umschlag vorchriftsmäßig mit Namen und Wohnung des Inhabers sowie mit der angestrichelten Bezirksnummer versehen sind. Für die Behandlung der Anmeldung durch die Kleinhändler gelten die in der Bekanntmachung vom 10. August 1918 enthaltenen Bestimmungen. Die Ablieferung der Kontrollabschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechtes durch die Kleinhändler muß spätestens am 4. Juni, mittags 12 Uhr, erfolgt sein.

Soweit die Bezugsausweise für Selbstverfolger nicht bereits bei der Ausgabe aus den Lebensmittelkartenheften entnommen sind, sind diese von den Inhabern spätestens bis zum 15. Juni 1919 an die zuständigen Polizeibehörden zurückzugeben. Eine Anmeldung auf diese Bezugsausweise darf nicht erfolgen.

II. Fleischkarten.

Für Kinder die nach dem 1. Januar 1914, also in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919 geboren sind, darf nur eine Kinderfleischkarte, die zum Bezuge der Hälfte der festgesetzten Wochenmenge berechtigt, abgegeben werden.

Die den Fleischkarten anhängenden Bestellabschnitte sind innerhalb der auf ihnen angegebenen Zeit (deutlich lesbar ausgefüllt) demjenigen Schlachter einzureichen, bei dem die Fleischwaren entnommen werden sollen. Die Fleischkarte selbst ist ebenfalls dem Wordruck gemäß von dem Inhaber oder dem gesetzlichen Vertreter auszufüllen.

Fleischbühnenverfolger erhalten ihre Fleischkarten nur in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamts, Königstraße 69 (Fleischabteilung).

Für die Gemeinden Absfelde, Behlendorf, Kurau, Dittau, Dückelsdorf, Giesendorf, Hammendorf, Hellenbeck, Grambeck, Haldendorf, Nuffe, Drogensee, Nifferau, Schattin, Groß- und Klein-Schrentalen, Sierkerade, Tramm und Utecht werden bei dieser Ausgabe keine Fleischkarten gegeben. Die Ausgabe dieser Karten wird durch eine fernere Bekanntmachung geregelt werden.

III. Brotkartenhefte.

Kinder unter einem Jahre erhalten keine Brotkartenhefte.

IV. Sondertarten.

Für jede Person wird eine „Sondertarte zum Bezuge von Lebensmitteln“ ausgegeben. Diese Karten sind gleichfalls auf der Vorderseite an der dafür vorgesehenen Stelle mit dem Namen, der Wohnung und der Bezirksnummer des Inhabers zu versehen.

Wer den mit der Ausgabe beauftragten Beamten oder Gemeindevorstehern unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 22. Mai 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Warnung

vor gewissen Branntweingetränken.

In letzter Zeit sind bei verschiedenen Schankwirten alkoholische Getränke verkauft worden, die unter Verwendung von Brennspiritus oder Holzgeist hergestellt sind, insbesondere ein als „Knobberich“ bezeichnetes Getränk.

Vor diesen Getränken wird gewarnt. Es ist beobachtet worden, daß sie schmerzhafteste Gesundheitsstörungen verursachen, so daß die Betroffenen laut aufschrien, umherstürzten und bisweilen Schwellungen ihres Körpers aufwiesen.

Roher Holzgeist und sonstige Verfeuerungsmittel im Brennspiritus können zu einem schnellen tödlichen Ende führen und auch dauernde Schstörungen hinterlassen.

Den Schankwirten und Herstellern wird folgende Bestimmung in § 12 des Nahrungsmittelgesetzes vorgehalten:

„Mit Gefängnis, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wird bestraft: wer vorsätzlich Gegenstände, welche bestimmt sind, anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, derart herstellt, daß der Genuss derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungs- oder Genussmittel verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt.“

Der Versuch ist strafbar. Sit durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.“

Lübeck, den 19. Mai 1919.

Das Gesundheitsamt.

Verkauf von Kronsbeeren-Kompott.

In der Zeit vom 24. Mai bis 1. Juni 1919 gelangen in untenstehenden Geschäften zur Ausgabe

125 Gramm Kronsbeeren-Kompott

zum Preise von Mk. 3.20 für 1/2 kg (1 Pfd.)

Der Verkauf erfolgt auf den Abchnitt D 4 der Bezugsliste für Zucker, oder für Umlauf auf den Abchnitt für Rasse-Gelag, der vom 26. Mai bis 1. Juni gültigen Wochenkarte.

- | | |
|---|---|
| Baake, Otto, Markt 9, | Lüth, Ernst, Mollteich 16, |
| Badstein, Wilh., Schwandener-
querstraße 11, | Mull, Conrad, Beckerstraße 33, |
| Begasse, Gebr., Sandstraße 22, | Negel, Richard, Hohenstraße 47, |
| Begasse, Gebr., Hohenstraße 7, | Petersen, Joh., Markterstraße 18a, |
| Behm, F. J., Hansastr. 97, | Pöller, Karl, Hohenstraße 36, |
| Bergwardt, Wilh., Brodstraße 20, | Reinhardt, Otto, Hohenstraße 5, |
| Borchard, J., Kronsstr. Allee 28, | Röper, L., Königstr. 75, |
| Brincker, Rud., Hohenstr. Allee 5, | Schlicke, Otto, Hohenstr. Allee 20, |
| Buhrmann, T., Hohenstr. 28, | Schmachtel, Karl, Hohenstr. 41b, |
| Büßen, Reinb., Hohenstr. 1a, | Schröder, Karl, Gr. Burgstr. 7, |
| Dantelsen, Ad., Hohenstr. Allee 28, | Schwabrohn, Joh., Moisinger
Allee 33a, |
| Dittmann, Hans, Fleischhauer-
straße 9, | Schwarske, Herm., Karpfen-
straße 11a, |
| Döhrmann, E., Kohnmarkt 12, | Schwartz, Franz, Gr. Burg-
straße 29, |
| Dreifalt, H., Breite Str. 28, | Schnoor, Karl, Wiedestra. 14, |
| Erdmann, Ludw., Fleischhauer-
straße 7, | Speck, Ed., Hohenstr. 30/32, |
| Eisermann, Fr., Gneisenaustr. 6, | Trosienner, Fr., Mühlenstr. 37, |
| Eisinger, Karl, Breite Str. 17b, | Tews, Martin, Adolfsstr. 7, |
| Elvers, Joh., Lange Reihe 2, | Uter, Henr. J., Schwarzstr. Allee 81, |
| Finke, E., Spillerstr. 6, | Uter, J. G., Kronsstr. Allee 12b, |
| Fromm, Rud., Hohenstr. Allee 25, | A. L. W. Ullrich, Johannstr. 11, |
| Grammerstorff, W., Fleischhauer-
straße 89, | Hans Wegener, Wahnstr. 10, |
| Grube, Otto, Markterstraße 6/8, | Wils, Karl, Elswigstr. 32, |
| Grube, Bernh., Lachsw. Allee 25, | Wichmann, Ad., Beckerstraße 34, |
| Hinz, Karl, Breite Str. 55, | |
| Holtmann, H. A., Marktstraße 4, | |
| Hortwig, Ludw., Oberstraße 8, | |
| Köppe, Amand., Hohenstr. 12, | |
| Krautzfeldt, O., Travemünde-
straße 21, | |
| Konsumentenverein, in allen Ver-
kaufsstellen, | |

Die gesammelten Abschnitte sind von den Kleinhändlern auf Klebebogen aufgelegt bis zum 3. Juni 1919 der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65 I, Zimmer 9, einzureichen.

Lübeck, den 28. Mai 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 (2) der Hafen- und Revierordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Loten am Freitag, dem 13. Juni 1919, vormittags 9 1/2 Uhr im Saal, Mühlen-damm 10, stattfinden.

Belege um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurzgefaßten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 5. Juni d. J. schriftlich dem Bauamt einzureichen.

Zugelassen werden nur Reichsdeutsche, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrage als angesehene Schiffsführer mindestens einmal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Bestande eines Loten befahren haben.

Lübeck, den 22. Mai 1919.

Die Baubehörde.

Abgabe von Gussheinen für die Verbilligung von Kartoffeln.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. ds. Mts. wird hierdurch bekannt gegeben, daß die Haushaltungsvorstände, soweit sie in den Einkommensteuerbezirken 3 und 4 der inneren Stadt wohnen, vom 24. ds. Mts. an, soweit sie in den Vorstädten wohnen, vom 26. ds. Mts. an die Gussheine in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 131, geöffnet von 8 bis 3 Uhr, abholen können.

In Travemünde findet die Ausgabe von Montag, dem 26. ds. Mts. an in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde statt.

in Schlup in der Geschäftsstelle für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen von Montag, dem 26. ds. Mts. an.

Vorzulegen sind der Steuerzettel für das laufende Steuerjahr oder eine Bescheinigung des Steueramtes, wonach der Inhaber nicht zur Steuer veranlagt ist, ferner der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln und endlich die grüne Kartoffelkarte.

Lübeck, den 23. Mai 1919. (2509)

Das Landesverwaltungsamt.

Bekanntmachung.

Die Verteilung der von englischen Frauen gespendeten Gummisaugern erfolgt für die in der Stadt Lübeck und in den Stadtteilen Bornstorf und Krempelesdorf wohnenden, nicht unter Aufsicht des Jugendamtes stehenden Säuglinge im Jugendamt, Parade 1, I. Obergesch., Zimmer 4, und zwar für die Säuglinge, deren Familienname anfängt mit

A u. B	am Montag, 26. Mai 1919	von 9-10 Uhr vorm.
C u. D	26.	10-11 "
E u. F	26.	11-12 "
G u. H	26.	12-1 mittags
J u. K	26.	1-2 nachm.
L u. M	Dienstag, 27.	9-10 vorm.
N, O, P u. Q	27.	10-11 "
R u. S	27.	11-12 "
T, U, V	27.	12-1 mittags
W, X, Y u. Z	27.	1-2 nachm.

Vorzulegen sind: 1. Geburtsurkunde oder Taufschein des Säuglings, 2. Lebensmittelfartenausweise.

Die unter Aufsicht des Jugendamtes stehenden Säuglinge erhalten die Sauger durch die Säuglingsfürsorgeschwestern des Jugendamtes zugestellt.

Die Verteilung der Sauger für die Säuglinge in Travemünde erfolgt durch die dortige Behörde, Schlup Geschäftsstelle.

Die Verteilung der Sauger für die Säuglinge in Moisling-Genitz, Siems-Pamischburg, Südnick-Deerrentowf, Waldbusen erfolgt durch die dort. Waisenräte.

Lübeck, den 22. Mai 1919. (2473)

Das Jugendamt.

Badeanstalten

Frühzeitig und Balkendamm.

Schwimmlehrerinnen

zu sofort gesucht. Näh. Steischauerstraße 18, Zimmer Nr. 8. Lübeck, 22. Mai 1919.

Die Finanzbehörde.

(2472) Abt. für Säuer u. Mäse.

V. u. A.

mit Bezirksführer. Montag, den 26. Mai 1919, abends 7 1/2 Uhr. (2466)

Sitzung

im Gewerkschaftshaus.

Infolge Herzschlages starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Bauführer **Richard Heede** im 57. Lebensjahre.

In tiefer Trauer **Bertha Heede.** **Alma u. Elli Heede.** **Walter u. Richard Heede.** Beileidsbesuche dankend verboten.

Beerdigung Mittwoch, d. 22. Mai, Beginn der Trauerfeier 2 1/2 Uhr. (2503) Lübeck, 22. 5. 19. **Fackenburg Mäse 100-4**

Die Dame, welche Mittwoch, abg. um 5 u. 6 Uhr Belagerer 10 eine Steppdecke entwendet hat, ist erkannt und wird erjucht, diese sofort zurückzugeben, widrigenfalls Anzeige erachtet wird. (2461)

Wer fertigt u. z. Wäsche weisse Leinwand an? Sie u. Sara kann geliefert werden. Angeb. u. N. 22 an die Exp. (2465)

Zu kaufen gesucht Grilingswäse. Angebote um M. P. 23 an die Exp. (2494)

2 Paar guterh. Gardinen zu kauf. gel. Ang. u. P. B. an die Exp. d. Bl. (2498)

Schwarzer Damen-Sommerhut zu verkaufen. (2499) Sienstraße 8, pt.

Petroleummaschine 2 Hfl. und Begeßten zu verkaufen. (2498) Herberstraße 14, II. r.

Ein gr. Blockwagen und eine Kumpelmaschine zu verkaufen. (2496) Alifstraße 27, part.

Zu ver. eine neue Bretterwand, 2X1 m, 2 Gardinen, 2 alte Stühle u. große Kumpelpumpe. (2494) Herberstraße 70, part.

Schlaftruden-Einrichtung mit la. Marmor u. Spiegeeln. ungebraucht u. I. Küchenbuffett. preiswert. (2504) Bahmstr. 68.

Ein Del-Regenmantel und Anzehrten zu verkaufen. (2505) Chafakfr. 8, III.

Fahrrad mit Friedensgummi zu verkaufen. (2507) Gr. Burgstraße 11, I. rechtl.

Zu tausch. e. 2-Stüb.-Wohn. in der Stadt geg. e. and. 2. od. 3-St.-Wohn. Ang. u. K. W. an die Exp. d. Bl. (2496)

Neue D.-Maß-Stiefel, Gr. 40 geg. 41 zu vert. od. zu vert. (2482) Standortstr. 4.

Gel. zu for. ein Zimmer für Mädchen. Ang. u. S. 3 an die Exp. d. Bl. (2491)

Für Maurer!

Das Werk „Der Maurermeister“, prakt. Lehr- und Handbuch zur Ausbild. von Maurermeistern, enthält 206 Bl., für den feinsten Preis von 100 M. zu verkaufen. Angeb. u. V. 6 an d. Exp. (2481)

Junges Mädchen f. d. Margentunden, Sonntags frei. (2487) Hülfstr. 32 I.

Lauffunge

für den ganzen Tag zum sofortigen Eintritt gesucht. **Alwin P. Leonhard,** Lübeck, Bismarckstr. 2. (2510)

Täglich frische

Hefe

„Zur Mühle“

Paul Martens, Bestersgrube 61. (2492)

J. H. Pein

Am Markt 12. **Breite Straße 64.**

Beste Bezugsquelle für erstklassige **Manufakturwaren** :: **Spezialhaus für Betten** **Bettfedern u. Daun** **Herren- und Knaben-** **Garderob. Arbeiter-** **und Berufs-Kleidung.**

ROH-SEIDE

DIE BEVORZUGTE MODE

Durch günstigen Abschluss kauften wir sehr vorteilhaft

ein großes Quantum **Original-Schantung-Rohseide**

Ia. Qualität — 85 cm breit

Wir stellen dieselbe **außerordentlich billig** zum Verkauf

Meter **29⁷⁵** Mark

Beachten Sie unser Schaufenster.

Verkauf nicht an Wiederverkäufer. — Mengenabgabe vorbehalten.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

Anklage der Gepeinigten

Geschichte eines Feldlazarets.

Aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels.

Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakt. des „Vorwärts“.

Preis 80 Pfg.

Buchhdlg. **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Blockwagen

3-8 Zentner Tragkraft. **Karl Schulmerich** 2359 Mühlenstr. 28.

Haltbare Hosenträger

weiche Kragen zum Selbstwaschen

Krawatten Papier-Wäsche

Aug. Janensch Sandstraße 6.

Wichtig Selbstbefehl!

Schwartau-Rensefeld und Umgegend.

Sämtliche Artikel zur Schuhreparatur

erhalten Sie äußerst preiswert bei **Karl Peters,** Schwartau, Lübecker Str. 10.

Färberei, Bürste, Holznägel, Kohlen, jähoner aus Stahl und Leder, Nähgarn, fertigen Beschrakt, Kletterleder usw. (2478)

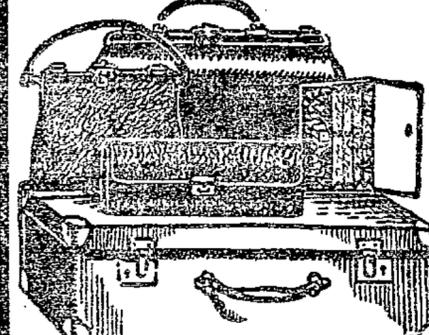
In den Verkaufsstellen des Hausfrauenvereins betragen die Kleinhandelspreise für Sparacel von heute an (2465)

Mk. 1.50 1. Sorte.
Mk. 1.30 2. Sorte.
Mk. 0.90 3. Sorte.

„Zur schwarzen Dohle.“

Moigen Sonnabend (250)

von nachm. 5 Uhr bleibt meine Gaststube geschlossen. **Friedr. Lender, Hundestr. 41.**



Die feinsten **Lederwaren** kauft man am billigsten in der **Lederwarenfabrik J. Krümel,** Lübeck, (2477) Breite Str. 54.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Sonntag, den 25. Mai,

von 9 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

finden die

Wahlen der Delegierten

zum 10. Verbandstag in Stuttgart

in folgenden Lokalen statt:

1. Innere Stadt u. Huxtertor: **Gewerkschaftshaus, Zimmer 1.**
2. Holstentor-Nord: Im Lokal von **A. Busch, Friedrichshof.**
3. Holstentor-Süd: Im Lokal **„Himmelseiter“,** Margaretenstraße 9.
4. Mühlenort: **Restaurant Schöning, Ecke Kakeburger** Mäse und Kahlhofsstraße.
5. Burgtor: Bei **J. Groth, Kottwischstraße 16.**
6. Fackenburg: In **Paetans Gesellschaftshaus.**
7. Schwartau: In **Gasthof „Transvaal“.**

Es ist jedem Mitglied gestattet, das Lokal zu benutzen, welches ihm am nächsten liegt. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne dieses kann nicht gewährt werden.

Um recht zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht **Die Ortsverwaltung.** (2495)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonntag, dem 25. Mai,

von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

findet die

Wahl der Delegierten zum

Gewerkschaftskongress in Nürnberg

in folgenden Lokalen statt:

- „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße, Zimmer 4.
- „Friedrichshof“, Schwartauer Mäse 111.
- „St. Lorenz-Halle“, Moislinger Mäse 21.
- Restaurant **Johs. Groth, Kottwischstraße 16.**
- Gasthof **„Transvaal“, Schwartau.**
- „Paetans Gesellschaftshaus“, Fackenburg.
- Gasthof **„Zum Tunnel“, Bad Oldesloe.**
- Gasthof **„Stadt Lübeck“, Johs. Faase, Südnick.**

Es steht jedem Mitglied frei, in einem der obengenannten Lokale zu wählen. Nur diejenigen Mitglieder dürfen wählen, die das Mitgliedsbuch oder die Karte vorzeigen. Stimmzettel sind nur in den Wahllokalen zu haben.

Wegen der Wichtigkeit des diesjährigen Gewerkschaftskongresses ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung. (2495)